EU-Antidumping-Reform gefährdet Industrie und Verbraucher

Autor(en): **Edel, Kerstin**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa**

Band (Jahr): **115 (2008)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-677335

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

EU-Antidumping-Reform gefährdet Industrie und Verbraucher

Kerstin Edel, Industrievereinigung Chemiefaser e. V. (IVC), Frankfurt am Main, D

Die anstehende Reform der europäischen Antidumping-Regeln, die EU-Kommissar Peter Mandelson in die Wege geleitet hat, wirkt sich bereits heute negativ auf die Industrie Europas aus.

Vor dem Hintergrund, dass im Sinne einer Neudefinition des Gemeinschaftsinteresses die Interessen der Verbraucher und des Handels stärker gewichtet werden und Vorrang vor der Schädigung der europäischen Industrie haben sollen, wird die produzierende Industrie Europas schutzlos unfairen Handelspraktiken ausgeliefert werden. Antidumpingzölle sind nämlich keine Schutzzölle für eine bestimmte Branche, sondern dienen als WTO-konforme Instrumente grundsätzlich der Ahndung unfairer Handelspraktiken.

Antidumping-Zölle gegen Polyesterstapelfasern

Die neuen Vorstellungen Mandelsons zur europäischen Handelspolitik wirken sich bereits aktuell auf die europäische Chemiefaserindustrie aus. So wurden im Sommer des laufenden Jahres vorübergehend verhängte Antidumping-Zölle gegen die Einfuhr von Polyesterstapelfasern mit Ursprung in Malaysia und Taiwan nicht in endgültige Zölle überführt, mit der Begründung, dass das Interesse des Handels und der Verbraucher an billigen Produkten höher zu werten sei als die Schädigung der Chemiefaserindustrie durch erwiesenermassen vorliegendes Dumping. Bedeutsam war der Beschluss der EU-Kommission auch deshalb, weil Unternehmen aus den Exportländern die EU-Kommission in der Untersuchungsphase vorsätzlich getäuscht hatten.

Die Zielstrebigkeit des Kommissars Mandelson in der Durchsetzung seiner Vorstellungen zeigt sich im jüngsten Fall. Seit dem Jahr 2005 gibt es Antidumping-Zölle gegen die Einfuhr von Polyester-Stapelfasern mit Ursprung in China und Saudi-Arabien. Üblicherweise werden Antidumping-Zölle nach fünf Jahren überprüft. Eine Verkürzung dieser Zeitspanne kann auf Antrag der exportierenden Firmen oder der Kommission dann erfolgen, wenn die begründete Vermutung existiert, dass kein Dumping mehr vorliegt und nach Aufhebung der Zölle nicht mit erneutem Dumping zu rechnen sein wird. Im vorliegenden Fall wird die Überprüfung bereits in diesem Jahr, also bereits nach zwei Jahren, eingeleitet. Entgegen geltenden EU-Rechts wird dieses mit der Neubewertung des Gemeinschaftsinteresses begründet, und zwar unabhängig vom Fortbestand des Dumpings.

Überkapazitäten bei Chemiefasern

Die Umstrukturierung der europäischen Chemiefaserindustrie stärkte deren Wettbewerbsfähigkeit in einem Mass, dass chinesische Faserhersteller ohne Dumping nicht auf dem europäischen Markt bestehen können. Dies ist dem Umstand zu verdanken, dass in China Überkapazitäten an Chemiefasern aufgebaut wurden, die den lokalen Verbrauch übersteigen. Alleine der Weltmarktanteil Chinas an Chemiefasern stieg in 12 Jahren von ca. 10 auf 50%. Nur durch aggressiver Exportpolitik in Form von Dumping lassen sich die Überkapazitäten auf europäischen Märkten absetzen.

Fehlentwicklung in der EU-Handelspolitik

Die Industrievereinigung Chemiefaser e.V. (IVC) versteht die Chemiefaserbranche lediglich als Vorreiterin der neuen EU-Handelspolitik. Mit dem Argument von Mandelson, es gäbe mehr Händler und Verbraucher, die von unfairem Dumping profitieren, als geschädigte Mitarbeiter in den betroffenen Industriebranchen, wird künftig wohl kein Antidumpingzoll in der EU mehr verhängt werden. Die IVC beobachtet diese Fehlentwicklung der EU-Handelspolitik mit grosser Sorge. Wenn EU-Industriezweige erst einmal dauerhaft mit unfairen Handelspraktiken aus Marktsegmenten verdrängt wurden, werden die bisherigen «Dumper» ihre Preise nachhaltig erhöhen. Der Leidtragende wird wegen des dann fehlenden Wettbewerbs wieder einmal der Verbraucher sein. Es ist zu hoffen, dass die Kommission auch im Sinne der Verbraucher ein wirksames berechenbares Antidumpinginstrument beibehält.

So erreichen Sie die Redaktion:
E-Mail:
redaktion@mittex.ch